

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2026 / Ausgabe 171 – 30. März 2026



Aktuelles

Fördergelder auf dem Prüfstand

Migration

Bundesförderungen im Wahlkreis

Ostergruß

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

die ersten Monate des noch jungen Jahres waren bereits herausfordernd. Innenpolitische Weichenstellungen, Kommunal- und Landtagswahlen sowie neue Spannungen im Nahen Osten prägen die aktuelle Lage. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen und mittleren Osten verlieren nicht an Intensität. Mit Blick auf den Iran zeigt sich zudem, dass auch Konflikte, an denen wir nicht unmittelbar beteiligt sind, spürbare Auswirkungen haben. Rekordhohe Spritpreise und steigende Lebenshaltungskosten belasten viele Bürger. Deshalb haben wir im Deutschen Bundestag das Kraftstoffmaßnahmenpaket beschlossen: künftig dürfen Tankstellenpreise nur noch einmal täglich um 12 Uhr erhöht werden, Preissenkungen sind beliebig oft möglich. Bei der Missbrauchskontrolle gegen unzulässige Nutzung von Marktmacht wird die Beweislast umgekehrt. Parallel tagt die Taskforce „Wirtschaftliche Auswirkungen des Iran-Krieges“ erneut und prüft, welche weiteren Schritte erforderlich sind. Die Entwicklung werden wir fortlaufend beobachten und wenn notwendig handeln.

Ein Blick nach Hessen zeigt, was möglich ist, wenn Engagement und klare Haltung zusammenkommen. Die CDU bleibt stärkste Kraft in den Kommunen. Das Ergebnis der Kommunalwahl ist stabil und hat sich ge-

genüber 2021 sogar verbessert. Gerade im Wahlkreis zeigt sich die starke Verankerung vor Ort. Im Rheingau-Taunus-Kreis mit 36,37 Prozent und in Limburg-Weilburg mit 38,43 Prozent liegt die CDU jeweils mit einem Vorsprung von über 15 Prozentpunkten deutlich vor der zweitstärksten Kraft. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis harter Arbeit. Viele ehrenamtliche Helfer, Unterstützer und Kandidaten haben in den vergangenen Monaten erheblichen Einsatz gezeigt. Ihnen allen gilt mein ausdrücklicher Dank.

Auch bei unseren Nachbarn in Rheinland-Pfalz ist die Richtung nun klar. Die Landtagswahl ist entschieden und hat gezeigt, wie groß der Wunsch nach politischer Veränderung ist. Die CDU hat mit ihrem Spitzenkandidaten Gordon Schnieder deutlich zugelegt und ist erstmals seit Jahrzehnten mit einem Ergebnis von 31,0 Prozent wieder stärkste Kraft geworden. Die SPD hingegen hat massiv an Zustimmung verloren und ihr historisch schlechtestes Ergebnis im Land eingefahren.

Meine Hoffnung ist, dass unser Koalitionspartner die katastrophalen Wahlergebnisse zum Anlass nimmt, seine eigene Politik zu überdenken und insbesondere die Blockade bei wichtigen Reformen auf Bundesebene zu beenden. Wer Wahlergebnisse dieser Größenordnung ignoriert, hat den politischen Kompass verloren. Es braucht jetzt klare Entscheidungen statt weiterer Verzögerungen.

Lesen Sie außerdem in dieser Ausgabe meines Hauptstadtbriefes: Förderprogramme auf dem Prüfstand, die Neuordnung der Migrationspolitik, Unterstützung des Bundes für den Wahlkreis sowie meinen traditionellen Ostergruß.

FÖRDERGELDER AUF DEM PRÜFSTAND

Lange Zeit war das Bundesförderprogramm „Demokratie leben“ in Teilen ein Programm, welches eher dazu geeignet war, Demokratie auf einen linken Diskurs zu verengen. Denn viel zu häufig kam es in der Vergangenheit vor, dass ausgerechnet linksradikale Gruppen gefördert wurden, weil sie am lautesten zum „Kampf gegen rechts“ geblasen haben. Mit dieser Einseitigkeit ist jetzt Schluss. Das „Demokratie leben“-Programm wurde intensiv evaluiert und künftig wird gründlich geprüft, ob der Empfänger einer potenziellen Förderung tatsächlich auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht. Gut so! Der Linksextremist wird nicht dadurch zum Partner, dass er Rechtsextremisten bekämpft. Gerade bei Themen wie Unterstützung der Ukraine oder Israels in seinem Überlebenskampf gegen islamistischen Terror nähern sich die Extremisten von rechts und links einander an wie die Enden eines Hufeisens.

Ebenso begrüßenswert sind die Stärkungen der Schwerpunkte Prävention gegen islamistischen Extremismus und Antisemitismus. Insbesondere diese Punkte sind mir besonders wichtig. Seit dem barbarischen Massaker der Hamas-Terroristen haben sich landauf, landab Antisemiten zu erkennen gegeben, hofiert vom linken Juste-Milieu, welches doch sonst vorgibt, das „Nie wieder“ zum Fixpunkt des eigenen moralischen Kompasses gemacht zu haben. Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich diese linke Lebenslüge in Luft aufgelöst, denn seitdem marschierte die Allianz aus Linksradi- kalen und Islamisten bei unzähligen Demonstrationen gegen Israel auf und gab sich keine Mühe mehr, den eigenen Juden- hass noch

großartig zu verbergen. Im ganzen Kulturbetrieb griff die antisemitische Stimmung um sich, bis jemand dagegen einschritt, der die deutsche Staatsräson verinnerlicht hat und Demokratie tatsächlich lebt: der CDU-Kulturstatsminister Wolfram Weimer. Nach der harten Kritik an der Israel-Hetze auf der Bühne der diesjährigen Berlinale hat er drei Buchläden, die mit dem Deutschen Buchhandlungspreis hätten ausgezeichnet werden sollen, von der Gewinnerliste streichen lassen, weil durch eine Anfrage beim Verfassungsschutz im Rahmen des „Haber-Verfahrens“ festgestellt wurde, dass verfassungsschutz-relevante Erkenntnisse zu ihnen vorliegen. Dieses nach der früheren Bundesinnenstaatssekretärin Emily Haber benannte Verfahren wurde auch von Vorgängerregierungen genutzt, um sicherzustellen, dass Feinde unseres Staates nicht mit Fördergeldern gepampert werden (dort wurde freilich nur rechts nach Feinden gesucht). Zwar sind die genauen Vorwürfe nicht öffentlich, doch Graffiti wie „Deutschland verrecke“, mit denen sich eine der Buchhandlungen schmückt, lassen wenig Raum für Fragen, aus welcher Richtung der extremistische Wind hier weht.

Das Beispiel Weimer ist eines, welches künftig auch beim „Demokratie leben“-Programm greifen soll. Saubere Prüfungen verhindern, dass Extremisten, welcher Couleur auch immer, staatliche Förderungen nutzen, um gegen den Staat vorzugehen. Das ist nur konsequent und gelebte wehrhafte Demokratie. Nicht nur werden damit die rechten und linken sowie islamistischen Ränder bekämpft, auch unheilvolle antisemitische Querfronten, die zwischen diesen Extremismen bestehen, werden konsequent ausgehungert. Damit liefert die Union nach, was das Programm schon

lange verspricht: die Förderung einer lebendigen Demokratie auf dem Boden des Grundgesetzes.

MIGRATION

Die Migrationspolitik wird neu geordnet, gesteuert und klar auf Wirksamkeit ausgerichtet. Illegale Migration wird konsequent zurückgedrängt. Für dieses Ziel der Koalition wurde im Deutschen Bundestag ein weiterer entscheidender Meilenstein erreicht. Mit der Verabschiedung der Gesetze zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems wird ein zentraler Beitrag geleistet, um die Migrationswende auch auf europäischer Ebene umzusetzen. National zeigt diese Politik bereits Wirkung. Durch Zurückweisungen an den Grenzen, das Aussetzen des Familiennachzugs, die Abschaffung der Turboeinbürgerung sowie eine konsequentere Rückführungspraxis ist es gelungen, die illegale Migration deutlich zu reduzieren. Gegenüber 2024 ist sie um 51 Prozent gesunken, gegenüber 2023 sogar um 61 Prozent. Diese Entwicklung belegt, dass klare Entscheidungen und konsequentes Handeln Wirkung entfalten. Eine nachhaltige Migrationswende ruht auf zwei Säulen, nationalen und europäischen Maßnahmen. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems schafft dabei die notwendige Grundlage für mehr Ordnung, Humanität und Solidarität in Europa. Die Außengrenzen werden besser geschützt, die Lasten zwischen den Mitgliedstaaten gerechter verteilt und Sekundärmigration wirksam begrenzt. Dazu gehören unter anderem die Einführung von Asylgrenzverfahren und Rückkehrgrenzverfahren sowie klarere Zuständigkeiten innerhalb der Europäischen Union. Auch im Innern werden die Strukturen neu ausgerichtet. Integrationspolitik wird wieder auf ihren eigentlichen Zweck zurückgeführt. Integrationskurse bleiben ein zentrales Instrument, werden künftig aber gezielter eingesetzt. Sie konzentrieren sich vor allem auf Menschen mit realistischer Bleibeperspektive.

Es bleibt dabei: Wer bleiben kann, soll die notwendige Unterstützung erhalten, um Sprache und Orientierung zu erwerben. Gleichzeitig wird der offensichtliche Widerspruch beendet, Menschen ohne Bleibeperspektive in Integrationskurse zu schicken und ihnen zugleich mitzuteilen, dass sie das Land verlassen müssen. Deutschland ist nicht die Gratis-Sprachschule der ganzen Welt. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, warum diese Neuausrichtung notwendig ist. Die Ausgaben für Integrationskurse sind massiv gestiegen, von rund 482 Millionen Euro im Jahr 2021 über 594 Millionen Euro im Jahr 2022 und 966 Millionen Euro im Jahr 2023 auf 1,245 Milliarden Euro im Jahr 2024 und schließlich 1,333 Milliarden Euro im Jahr 2025. Für das laufende Jahr stehen rund 1 Milliarde Euro zur Verfügung, für 2027 sind aktuell rund 650 Millionen Euro vorgesehen, um diesen negativen Trend zu stoppen und umzukehren.

Die Neupriorisierung sorgt daher für mehr Planbarkeit, Verlässlichkeit und Akzeptanz. Gleichzeitig bleiben Angebote bestehen. Erstorientierungskurse vermitteln weiterhin grundlegende Kenntnisse für den Alltag und erste Sprachfähigkeiten. Dieses Angebot wird in den kommenden Jahren deutlich ausgebaut. Für Schutzsuchende aus der Ukraine gilt weiterhin das Ziel, sie möglichst schnell in Arbeit zu bringen. Sprache bleibt dabei ein Schlüssel zur Integration, insbesondere in den Arbeitsmarkt. Entscheidend ist, dass Integration vor allem über Arbeit gelingt. Deshalb wird der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Künftig können Asylbewerber bereits nach drei Monaten arbeiten, wenn sie in einer Erstaufnahmeeinrichtung leben. Das ist ein wichtiger Schritt, um Eigenverantwortung zu stärken und Integration praktisch zu ermöglichen. Die Neuordnung der Integrationskurse und die europäische Migrationsreform folgen einem klaren Leitgedanken. Unterstützung erhält, wer eine Perspektive hat. Gleichzeitig werden Fehlanreize abgebaut und staatliche Leistungen zielgerichteter eingesetzt. Haus-

haltsklarheit ist dabei kein Selbstzweck, sondern Ausdruck von Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler. Apropos Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler. Das Bundesinnenministerium hat jüngst angekündigt, die Finanzierung der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung ab 2027 einzustellen und entsprechende Planungen gegenüber den Trägern bereits kommuniziert. Diesen Kostentreibsatz hatte die links-grüne Ampel eingeführt, um die Anwälte der NGO-Szene mit Mandaten zu versorgen. Die Einstellung begrüße ich ausdrücklich.

BUNDESFÖRDERUNGEN IM WAHLKREIS

Gute Nachrichten aus dem Wahlkreis: Gleich mehrere Förderentscheidungen des Bundes setzen starke Impulse für unsere Region und zeigen, dass sich Engagement, Substanz und überzeugende Konzepte auszahlen. In Limburg hat die Limbus GmbH Ende Februar einen Förderbescheid über 621.600 Euro für die Anschaffung von drei klimafreundlichen Bussen erhalten. Überreicht wurde dieser persönlich durch Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder. Eine Förderung in dieser Größenordnung ist ein klares Signal für die Leistungsfähigkeit unseres Standorts. Dass der Bund dies unterstützt, ist folgerichtig und stärkt die Region nachhaltig. Seit Programmstart konnten bundesweit rund 500 Verkehrsunternehmen gefördert werden. Dass Limburg hier berücksichtigt wird, unterstreicht die Bedeutung unseres Wahlkreises als verllässlicher und zukunftsorientierter Wirtschaftsstandort.

Auch im Bereich Denkmalschutz gibt es erfreuliche Entwicklungen. In der vierzehnten Runde des Denkmalschutz-Sonderprogramms sind Anfang März insgesamt 425.000 Euro in den Wahlkreis geflossen. Davon entfallen 125.000 Euro auf den historischen Langwerther Hof in Eltville. Gefördert werden substanzsichernde Maßnahmen an Dach,

Fassade, Fenstern sowie der tragenden Holzkonstruktion des um 1550 errichteten Adels-sitzes. Ziel ist es, die bauliche Substanz dauerhaft zu sichern und dieses prägende Bauwerk für kommende Generationen zu erhalten. Der Langwerther Hof ist ein herausragendes Zeugnis regionaler Geschichte und prägt das Stadtbild in besonderer Weise.



v.l.n.r Klaus-Peter Willsch MdB, Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder, Sebastian Erletz Geschäftsführer Limbus GmbH

Weitere 300.000 Euro fließen in den Eltzer Hof in Eltville. Unterstützt werden Maßnahmen am Haupthaus, im unmittelbaren Umfeld sowie an der Fassade. Der Eltzer Hof ist fest in der Identität der Stadt verankert. Wer durch die Altstadt geht, kommt an diesem Stück Rheingauer Geschichte nicht vorbei. Dass der Bund hier Verantwortung übernimmt und die denkmalgerechte Instandsetzung weiter ermöglicht, ist ein wichtiges Signal für den Erhalt unserer historischen Ortskerne. Bereits in der Vergangenheit wurde der Eltzer Hof gefördert. Die nun bewilligten Mittel sichern die Fortführung der Arbeiten.

OSTERGRUß

Die Ostertage sind für viele von uns eine gute Gelegenheit, innezuhalten und Zeit mit der Familie zu verbringen. Ostern ist mehr als ein verlängertes Wochenende. Es ist das zentrale Fest unseres christlichen Glaubens. Die Botschaft ist klar: Hoffnung ist stärker als Zweifel, Leben stärker als Angst. Diese Gewissheit hat unser Land über Generationen geprägt und sie ist gerade in unruhigen Zeiten wichtiger denn je. Wer sich heute umsieht, merkt schnell, wie sehr Orientierung gefragt ist. Umso wichtiger ist es, sich auf feste Werte zu verlassen: Verantwortung, Verlässlichkeit und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Das sind keine abstrakten Begriffe, sondern die Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen. Die Ostertage werde ich im Kreis meiner Familie verbringen und freue mich auf den Gottesdienst und die gemeinsame Zeit.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein gesegnetes Osterfest, erholsame Tage und vor allem Zuversicht.

Herzlichst Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook/Instagram

www.facebook.com/klauspeter.willsch
www.instagram.com/klauspeterwillsch

Kontakt

Büro Berlin

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de